

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr 1923 I. bis 15. Februar 1923 bei 1000, zweimaliger Auslieferung drei Haus 1,50 Mk. ...
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet die einseitige 4 mm breite Zeile zu 1/30 ...

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden
Polizeibezugs-Konto 1068 Dresden

Drahtnachrichten: Nachrichten Dresden
Fernredaktion: 28 241
Nur für Nachrichten: 20 011

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. Dresdner Nachr. ist für alle unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Gröners Antwort an die Kritiker.

Lohnfragen im Reichstag. — Neue Zusammenstöße im Krank-Prozeß. — Staatsstreik in Litauen?

Programmatische Rede im Hauptausschuß.

Vom Offizierkorps und seinem Geiß.

Berlin, 14. Febr. Im Hauptausschuß des Reichstages ging Reichswehrminister Gröner in längeren Ausführungen auf die in der Debatte vorgebrachten Anschauungen und Wünsche ein. Der Verlauf der Debatte habe ergeben, daß zwischen seinen Anschauungen und denen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten eine weitgehende Uebereinstimmung herrsche. Das zeigt mir, daß ich den richtigen Kurs steuere. Was das Offizierkorps betrifft, so sind Geist und Leistungen der Offiziere entscheidend für den Wert der Truppe. Selbstverständlich dürfen nicht Herkunft und soziale Verhältnisse und Examen maßgebend für die Einstellung der Offizieranwärter sein. Es muß vor allem der ganze Mensch, sein Charakter berücksichtigt werden. Das Examen ist leider eine unbedingte und unvermeidbare Notwendigkeit. Ich bin selbst nicht Abiturient und kann daher über die Dinge urteilen. Wir brauchen für die Einstellung in das Offizierkorps zweifellos ein bestimmtes Bildungsniveau. Ich werde bestreben sein, einen zuverlässigen und leistungsfähigen Offiziersnachwuchs zu erlangen, dessen Gewinnung aber alle Zweifel erhaben ist. Für die Richtabteilungen und Volksschüler ist es schwierig, sich das nötige Bildungsniveau zu verschaffen. Das ist aber möglich, ich zeige mancherlei Beispiele. Dem Reichswehr gehören seit dem Bestehen im ganzen 902 ehemalige Kaiseroffiziere als Offiziere an, davon 20 als Regimentskommandanten, 162, mit Weisenschnitvorbildung 46. Ausgeschlossen sind 92, davon 44 als Hauptleute, 10 davon mit dem Charakter als Major. Am 31. Dezember 1922 gehörten noch 117, und davon 52 als Hauptleute, Offiziere dieser Vorbildung der Reichswehr an.

So bleibt. Das Vorgehen am 18. Januar, dem Tage der Reichswehr, das hier bemängelt wurde, ist vom Reichspräsidenten Ebert am 11. April 1921 angeordnet worden. Ich habe keine Absicht, an dieser Verordnung etwas zu ändern.

Die Frage der Beschwerden.
Was nun die vieler Munitionsangelegenheit betrifft, so habe ich nach der von mir persönlich angestellten Untersuchung den bestimmten Eindruck, daß eine der beteiligten Firmen unter Bruch ihrer Verpflichtung die ihr zur Verschrottung übergebene Munition nach dem Auslande verschleusen wollte. Ich habe den Staatsanwalt von der Sachlage benachrichtigt und eine Reihe von Personen namhaft gemacht, die er vernehmen könnte. Der Minister befahte sich dann mit der Frage der Beschwerden. Diese Frage sei außerordentlich schwierig. Er würde es vorziehen, Einzelfälle scharf zu beantworten, damit über die Erledigung kein Zweifel ist. Damit werde eine bessere Atmosphäre entstehen. Im

Bericht vom Krisenstabsplatz.

Berlin, 14. Febr. Amtlich wurde heute abend noch folgendes Kommuniqué über die heutigen interfraktionellen Besprechungen ausgegeben: Der unter dem Vorsitz des Grafen Westarp für heute vormittag einberufene interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien befahte sich in dreistündiger Aussprache mit den inwärtigen von allen Regierungsparteien formulierten Abänderungswünschen zum Reichsschnelgeleitgesetz. Seitens der Reichsregierung nahmen wieder der Reichsminister des Reichskanzlers, Reichsjustizminister Dergt, ferner Reichsinnenminister Dr. v. Kundell und Staatssekretär Pänder von der Reichskanzlei teil. Die abschließende Stellungnahme des interfraktionellen Ausschusses zum Reichsschnelgeleit ist für morgen vormittag vorgesehen.

Reichskanzler Dr. Marx, der noch das Bett hüten muß und daher am unmittelbaren Vortrag beim Reichspräsidenten verhindert ist, empfing im Anschluß an die heutige interfraktionelle Besprechung den Staatssekretär im Büro des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, zur näheren Orientierung des Herrn Reichspräsidenten über die politische Gesamtlage und die Auffassung des Reichskanzlers.

Jahre 1927 sind 178 Beschwerden aus Presse, Parlament usw. an uns gelangt. Von diesen Beschwerden haben sich 144, also weitaus die Mehrzahl, als unbegründet erwiesen.

Die Reichswehr besser als ihr Ruf.

Der Minister ging dann auf die Kritiken über die Höhe des Etats ein und erklärte, daß er Veranlassung nehmen werde, die Mitglieder des Reichsrats persönlich über die Verhältnisse des Etats bei gegebener Zeit anzuführen. Er halte das für nötig anlässlich der Wahlen, die wahrscheinlich nur aus Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse gemacht worden sind. Wenn der französische Soldat billiger ist als der deutsche, so hängt das von der anderen Verfassung der Wehrmacht ab. Die nun ausgearbeitete Wehrverfassung ist der Kernpunkt und die innerste Ursache von zahlreichen ihrer Kritiken. Die Wehrverfassung können wir nicht entziehen. Unsere 100000 Mann Reichswehr kosten heute ebenso viel wie 300000 Mann vor dem Kriege. Man müsse dann bei der Kritik recht vorsichtig sein, schon um bedauern, weil sie im Auslande gegen uns ausgesprochen werde. Ein Schulbeispiel dafür sei die Rede des französischen Senators Secard. Von den Gesamteinsatz beanspruchte der Wehretat in Deutschland 7 Prozent, in Frankreich 21,7 Prozent, in Polen 21,7 Prozent. In der Tschechoslowakei beträgt der Prozentsatz 17,9, in Dänemark 16, in England 18, in Italien 23,7, in der Schweiz 10,5 und in den Vereinigten Staaten 16 Prozent. Also auch die Schweiz mit ihrer Militia wirkt weit höhere Summen aus als Deutschland. Ich trene mich, daß hier anders gesprochen wurde, daß bei der Beurteilung einer Wehrmacht nur militärische Gesichtspunkte maßgebend sein müssen. Eine andere Beurteilung ist für mich ganz unmöglich. Die Reichswehr ist, wie ich mich in den wenigen Tagen bereits unterrichtet habe, viel besser als ihr Ruf. Man darf zu ihr wirklich das Vertrauen haben, daß sie ein absolut zuverlässiges Instrument der verfassungsmäßigen Regierung sein und bleiben wird. Ich hoffe, daß ich dieselbe Erklärung abgeben kann, nachdem ich den Marinestat und die Verhältnisse der Marine weiter studiert habe. Einmal möchte ich heute schon betonen, ich lasse Meer und Marine als Einheit an. Es ist nicht meine Absicht, zwischen Meer und Marine eine Kluft zu bilden. Wir müssen die gesamte Wehrmacht als einen einheitlichen Organismus zur Verteidigung unserer Grenzen betrachten.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Die Freigabe marschiert.

Nach mehrjähriger Verschleppung ist die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika nun endlich in ein Stadium getreten, das die so lange in Aussicht gestellte, aber immer wieder hinausgeschobene Maßregel in greifbare Nähe rückt. Die vom Repräsentantenhaus bereits angenommene Bill ist nämlich vor wenigen Tagen vom Finanzausschuß des Senats an das Plenum dieser Körperschaft überwiesen worden, und es mühte schon seitdem auszugehen, wenn die Vorlage dort noch Schiffbruch erleiden sollte. Bisher war der parlamentarische Verlauf immer so, daß ein Entwurf zwar glücklich bis an den Finanzausschuß des Senats gelangte, hier aber in eine Sackgasse geriet, aus der sich der Ausweg an das Plenum nicht finden ließ, so daß am Ende der Kongresssitzung das Ergebnis gleich Null war. Nunmehr hat der Finanzausschuß jedoch rasche und ganze Arbeit gemacht und die Freigabebill gleich zu Beginn der Tagung an das Plenum geleitet, woraus der Schluss gezogen werden darf, daß der ernste Wille vorhanden ist, allen weiteren parlamentarischen Verhandlungsmanövern einen Riegel vorzuschreiben und das Gesetz baldigst zu verabschieden. Eigentlich sollte die Beratung im Plenum bereits am getrikerten Dienstag begonnen werden, doch ist im letzten Augenblick noch eine wahlpolitische Angelegenheit dazwischen gekommen, über die einige Tage zuerst debattiert wird. Es wird aber ausdrücklich versichert, daß sofort nach dieser Aussprache die Freigabebill in Angriff genommen werden soll. Das grundsätzliche Bedeutsame der Vorlage liegt darin, daß Amerika sich durch sein Verhalten in scharfen Gegensatz zu den übrigen Siegerstaaten stellt, die jede Entschädigung für das von ihnen im Widerspruch mit den Satzungen des Völkerrechts geraubte deutsche Eigentum verweigert und die Pflicht zur Schadloshaltung dem Deutschen Reiche aufgebürdet haben. Demnach haftet Deutschland nicht nur für die von ihm selbst verursachten Kriegsschäden, sondern auch für den Raub, den die fremden Mächte am deutschen Privateigentum begangen haben. Aus diesem mit Gewalt gedungenen Boden ist das deutsche Liquidationsgeschäft entsprossen. Amerika allein hat hier den Weg des Unrechts nicht mitbeschritten, sondern die Unverletzlichkeit des Privateigentums im Kriege anerkannt. Die praktische Durchführung dieses Grundgesetzes gegenüber den deutschen Geschädigten war freilich keine ganz leichte Sache, sondern begegnete erheblichen Widerständen. Zum Teil waren sie darin begründet, daß sich die Korruption der Verwaltung des deutschen Eigentums bemächtigt hatte, deren schmarozhende Repräsentanten ihre unrechtmäßige Einkommensquelle nicht preisgeben wollten. Zum Teil spielten auch politische und kommerzielle Beweggründe eine Rolle auf amerikanischer Seite mit hinein, die von der Rückgabe eine Stärkung der deutschen Stellung auf dem Weltmarkt und einen erneuten Wettbewerb in Amerika selbst befürchteten. Diese Einflüsse machten sich bislang besonders im Senat geltend und führten dort zu einer hartnäckigen Verschleppung der Angelegenheit. Das darf aber nicht so aufgefaßt werden, als ob in der ganzen bisher seit Kriegsende verflochtenen Zeit überhaupt nichts zurückgeblieben wäre. Es wurde vielmehr bereits im März 1922 eine Zwischenlösung auf Grund der Winslow-Bill getroffen, die zunächst für die kleineren deutschen Gläubiger sorgte durch die Bestimmung, daß alle Forderungen bis zu 40000 Mark freigegeben wurden, ebenso ein gleicher Teilbetrag solcher Forderungen, deren Gesamtbetrag über 40000 Mark hinausgeht. Ferner wurden die seit März 1923 auslaufenden Zinsen den Eigentümern ebenfalls bis zur Grenze von 40000 Mark zur Verfügung gestellt.

Bei der Freigabe des deutschen Eigentums, wie es nunmehr auf breiter Grundlage in Aussicht steht, kommen von den großen Gläubigern in erster Linie die fahrenden Schiffahrtsgesellschaften in Betracht, die Hamburg-Amerikanische Padeisfahrt-Aktiengesellschaft (Hapag) mit rund 10 und der Norddeutsche Lloyd mit 19½ Millionen Mark, ferner verschiedene Handels- und Versicherungsgesellschaften mit ebenfalls hohen Millionensummen, die Farbenindustrie, der Metallbankkonzern und fast sämtliche deutsche Banken, die mehr oder weniger bedeutende Guthaben in den Vereinigten Staaten besitzen, mit deren Erhaltung jetzt gerechnet wird. Das Wort "sofort" in Verbindung mit der Freigabe ist selbstverständlich mit einem kräftigen Satz zu verstehen. Die erforderlichen geschäftlichen Abwicklungen beanspruchen eine geraume Zeit, und es wird daher mindestens ein Jahr nach der Verabschiedung der Vorlage im Senat vergehen, ehe die deutschen Gläubiger über die aus der Freigabe entfallenden Beträge verfügen können. Die Gesamtsumme der deutschen Forderungen belief sich ursprünglich auf 2 Milliarden Mark als Schätzungswert des ganzen der Beschlagnahme verfallenen deutschen Eigentums in der transatlantischen Republik. Nicht man hierdurch an den Abgang durch die bisherigen Zahlungen, durch die Verwaltungskosten und durch die auf Korruption beruhenden Verschleuderungen, so verbleiben in der Hand des Verwalters noch rund eine Milliarde und 134 Millionen Mark, denen 750 Millionen Mark Kriegsschadensforderungen

13,2
147,9
85,12
22,75
189,75
87,25
75,75
40,5
158,5
129,0
139,0
100,0
83,0
176,5
52,0
22,75
240,0
76,25
23,25
68,9
89,75
100,75
145,5
36,75
81,5
129,0
89,0
136,5
173,5
191,5
89,0
143,0
80,0
150,0
160,9
26,25
574,9
72,75
88,75
22,75
228,0
83,75
154,0
103,0
198,0
67,0
85,0
81,5
70,0
86,0
54,9
32,0
191,0
132,0
120,0
72,75
32,0
81,5
83,0
147,9
36,75
60,5
144,9
158,9
182,75
149,75
381,9
261,9
281,9
174,9
181,9
15,75
713,9
3,87